

*Jörn Dosch*: Die Herausforderung des Multilateralismus. Amerikanische Asien-Pazifik Politik nach dem Kalten Krieg. Baden-Baden: Nomos Verlag 2002, 295 S., € 39,-.

*Sebastian Harnisch*

Wenn sich die Vorstellungen der amerikanischen außenpolitischen Eliten über die internationale Politik verändern, dann muss sich dies auch auf die Außenpolitik niederschlagen. Spätestens nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 dürfte dies vielen Beobachtern unmittelbar einleuchten. Wenn es aber darum geht, die Stabilität oder Veränderung dieser Vorstellungen nachzuzeichnen und die sich daraus ergebenden Politiken zum Einsatz von Waffengewalt, die Bedeutung der internationalen Rechtsordnung oder die Nützlichkeit multilateraler Institutionen zu analysieren, ergeben sich oftmals erhebliche Schwierigkeiten.

Die von *Jörn Dosch* vorgelegte Untersuchung zur US-amerikanischen Asien-Pazifik Politik in den 1990er Jahren nimmt diese Herausforderung an. In der Studie fragt Dosch nach der Reaktion der USA auf die durch Mittelmächte (wie Kanada und Australien) initiierten multilateralen Dialogforen APEC und ARF, den Interessen und Strategien der Bush-Sr.- und Clinton-Administrationen gegenüber diesen sowie den Auswirkungen der US-Politik auf diese regionalen Kooperationsmechanismen (15). Auf der Grundlage eines konzeptionellen Kapitels (II) über unterschiedliche Multilateralismus-Typen - diese werden differenziert nach der Ausprägung der Beziehungsstruktur zwischen den Akteuren (hierarchisch vs. egalitär) und Institutionalisierungsgrad (hoch vs. niedrig) in vier Idealtypen: hegemoniale und konzertartige Kooperation sowie geführte und offene Dialogkooperation - und einer Beschreibung der Entwicklung der zahlreichen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Multilateralismen (Kap. III) untersucht er im Kernstück der Arbeit die amerikanische Asien-Pazifik Politik (Kap. IV). Dabei geht der Autor zunächst auf die historische Entwicklung der USA als pazifischer Macht ein, bevor er die Bedeutung von nationalen Rollenkonzepten, amerikanischen Perzeptionen wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Strukturen sowie die Haltung einzelner Akteure (Präsidentenamt, Außen- und Verteidigungsministerium, natio-

naler Sicherheitsrat, US-Handelsbeauftragter, Kongress und nicht-gouvernementale Akteure wie Denkfabriken und Interessengruppen) auf die US-Politik gegenüber multilateralen Foren in Asien-Pazifik analysiert. In einem abschließenden Kapitel (V) werden die Ergebnisse anhand der sechs eingangs eingeführten Thesen zusammengefasst.

Aus Sicht der Asienforschung widmet sich die Untersuchung einem wichtigen und in dieser Breite in deutscher Sprache bisher nicht behandelten Thema. Die Bestandsaufnahme der zahlreichen multilateralen Foren auf einem beschränkten Raum (73-105) bietet eine kurze, aber konzise Einführung in diesen Bereich. Der Abschnitt über den Einfluss der unterschiedlichen Denkfabriken auf den asienpolitischen Prozess der USA und deren multilaterale Ausrichtung profitiert von der langen Tätigkeit des Autors an unterschiedlichen Instituten und bietet auch dem geübten Leser viele neue Details und Einsichten (197-216). Zusätzlich finden sich auch immer wieder gute tabellarische Zusammenfassungen der Positionierungen einzelner Akteure, die den US-Politikprozess überblickartig darstellen, ohne zu sehr zu verkürzen (237). So wird ein generell zutreffendes Bild der US-Multilateralismuspolitik in Asien-Pazifik gezeichnet, nach dem die Bush-Sr.-Administration skeptisch bis ablehnend, die beiden Clinton-Administrationen euphorisch bzw. zustimmend den multilateralen Regionalismen gegenüberstand.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht erscheinen jedoch zwei Aspekte des Bandes problematisch. Zum einen untersucht Dosch *US-Außenpolitik*, indem er nach jenen Faktoren fragt, die US-Multilateralismuspolitik fördern oder behindern. Zum anderen analysiert er *Internationale Politik*, indem er danach fragt, wie sich die Politik eines einzelnen (zugegebenermaßen) wichtigen Akteurs auf einen Kooperationszusammenhang auswirkt. Diese doppelte Fragestellung bringt erhebliche konzeptionelle Schwierigkeiten mit sich, denn erstens bedürfen unterschiedliche Fragestellungen unterschiedlicher Herangehensweisen bspw. theoretischer Referenzrahmen zur Hypothesenbildung. Zweitens wird das Untersuchungsdesign aufwendiger und das zu bearbeitende Material vielfältiger und drittens besteht durch diese doppelte Fragestellung (möglicherweise) eine Neigung, die Komplexität der Aufgabe durch

die Verbindung der Fragestellungen oder die Setzung von Annahmen zu reduzieren.

Der Autor löst die Problematik der doppelten Fragestellung ansatzweise, aber letztlich nicht überzeugend. Zu einen setzt er zwei Annahmen, die nicht weiter hinterfragt werden. Zum anderen kommt er zu einem plausiblen, aber in seiner Kausalität letztlich nur wenig erhärteten Schluss, weil er neben der positiven amerikanischen Disposition keine alternativen Erklärungen für die Hochzeit der Multilateralismen zwischen 1993 und 1995 erwägt. In beiden zentralen Bereichen der Untersuchung, Außenpolitikanalyse und Multilateralismusforschung, bleiben die Ergebnisse un spezifiziert und können deshalb nicht ohne weiteres in der weitergehenden Forschung verwendet werden.

Im Bereich der Außenpolitikforschung nimmt Dosch an, dass die „Motive, warum Staaten bestimmte Formen multilateraler Zusammenarbeit anstreben, fördern oder blockieren“ aus dem Machtpotenzial, der Wahrnehmung anderer internationaler Strukturen durch Akteure, nationale Rollenkonzepte, die Akteurs- und Interessenkonstellationen im Entscheidungsprozess sowie externen Faktoren, wie dem Handeln und den Perzeptionen anderer Staaten ergeben (53 f.). Diese Faktoren werden daraufhin näher expliziert, aber der Leser erfährt sehr wenig darüber, warum genau diese Faktoren die Multilateralismusneigung eines Staates beeinflussen sollten. Dadurch wird auch eine systematische Rückbindung der aus diesen Faktoren gebildeten Hypothesen, die teilweise wenig Trennschärfe besitzen, an die bestehende und die weiterführende theoretische Forschung zu US-Asienpolitik oder US-Multilateralismuspolitik unnötig erschwert.

Damit eine solche Einbettung in die bestehende Forschung besser gelingen kann, müsste beispielsweise reflektiert werden, inwiefern materielle Faktoren (Machtpotenzial) und immaterielle Faktoren, Wahrnehmungen, Rollen und Perzeptionen einfach miteinander oder untereinander kombiniert werden können. Unnötige Überschneidungen würden dann wegfallen, denn es ließe sich rollentheoretisch argumentieren, dass externes Handeln oder Erwartungen über eine systematische Analyse nationaler Rollenkonzepte bereits abgedeckt wird. Auch könnte die Typenbildung im Bereich des Multilateralismus fruchtbarer gemacht werden, wenn eine systematische Zuordnung zwischen

diesen Typen und einzelnen Faktoren (Macht, Rollen etc.) oder Faktorensets erfolgen würde.

Darunter leiden auch einzelne Befunde der Studie. Selbst wenn man mit Dosch davon ausgeht, dass alle Administrationen seit Bush Sr. (inkl. Bush Jr.!) nach primacy in Asien gestrebt haben (17) - dies lässt sich für beide Clinton-Administrationen mit guten Gründen bestreiten - so müssen doch die unterschiedlichen Bedeutungen und Konnotationen, die einem solchen Begriff von den Entscheidungsträgern gegeben werden, sehr genau herausgearbeitet werden. Das Konzept der Führung (leadership) unter Clinton, das eine ebenbürtige Partnerschaft unter demokratischen Staaten einschloss, ist mit dem Konzept der Vorherrschaft unter Bush jr., welches (auch demokratische) Allianzpartner als potenzielle Gegner betrachtet und diese durch waffentechnologische Überlegenheit von einer Gegenmachtbildung abzuschrecken sucht, einfach nicht mehr als Ausdruck eines „gemeinsamen Ziels“ — primacy — zu vereinbaren! Sicherlich gilt letzteres Konzept der imperialen Vorherrschaft vor allem für die neokonservativen Teile der Administration - und hier würde sich Doschs differenzierte Analyse einzelner Akteursgruppen innerhalb der US-Administration bezahlt machen - doch wird derzeit auch in Asien deutlich, was passiert, wenn diese Gruppen die US-Asien-Pazifikpolitik mehr und mehr bestimmen!

Im Bereich der Erforschung des regionalen Multilateralismus geht Dosch davon aus, dass die beiden näher untersuchten Multilateralismen *Asia-Pacific Economic Cooperation* (APEC) und das *ASEAN Regional Forum* (ARF) zwischen 1993 und 1995 ihre Hochzeit erlebt hätten und dass dies durch eine positive Disposition der ersten Clinton-Administration zu erklären sei, die sich wiederum auf einen weitgehenden Akteurskonsens innerhalb und außerhalb der Administration zurückführen lasse (238). Aus der Analyse geht allerdings nicht hervor, warum der Zeitraum 1993-1995 für diese Foren besonders erfolgreich war. Wann genau ist ein regionaler Multilateralismus „erfolgreich“, und wäre ein schwacher regionaler Multilateralismus gekoppelt mit starken globalen Multilateralismen nicht dem Gegenteil vorzuziehen?

Auch ist der Schluss, dass die positive Einstellung der Clinton-Administration zu dieser kurzen Blüte der regionalen Kooperation ge-

führt habe, nicht hinreichend untermauert. Warum sollte, so ließe sich in Anlehnung an die Studie von Robert Keohane „After Hegemony“ fragen, ein Akteur, der sich nicht an der Gründung beteiligt hat, wie Dosch mehrfach richtig betont, für das Gedeihen von Multilateralismus verantwortlich sein? Selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, und dies scheint plausibel, dann wäre immer noch zu klären, ob die positive US-Einstellung der einzige oder auch nur der wichtigste Faktor für die Blüte war. Ebenso plausibel schiene zunächst einmal auch die Annahme, dass regionale Wirtschaftsintegrationsprozesse in Europa, das Binnenmarktprogramm von 1992, wichtige Impulse für das Wachstum der APEC gaben oder dass, das die Blüte des ARF mit den wachsenden regionalen Spannungen und Konflikten in der Region nach dem Ost-West-Konflikt und dem Versagen der bisherigen bilateralen Mechanismen zu tun hatte.

Schließlich enthält der Text auch einige Verkürzungen und Nachlässigkeiten. So ist im Text immer wieder von „dem Sozialkonstruktivismus“ die Rede, obwohl Dosch selbst auf die sehr viel differenziertere Debatte der unterschiedlichen Stränge dieses Forschungsprogramms verweist (FN 190). Auch lässt sich mit einigen Gründen argumentieren, dass der „balance of threat“-Ansatz eher sozialkonstruktivistisch argumentiert und damit eigentlich auch von Alexander Wendt stammen könnte, er stammt aber aus einem anderen Kontext (57-58). Nicht wirklich einleuchtend erscheint auch die Charakterisierung der US-Asienpolitik nach 1945 als „hegemonialen Unilateralismus“ (Czempiel) (120), wenn Dosch im anschließenden Abschnitt durchaus zutreffend die wichtigen bilateralen Allianzen mit Japan und Südkorea sowie die hegemonialen aber letztlich multilateralen Foren (SEATO, ANZUS) hervorhebt.

Auf Grund dieses Befundes muss ein Gesamtfazit deshalb gemischt ausfallen. Der kompetenten empirischen Darstellung stehen methodisch-theoretische Schwächen der Arbeit gegenüber, die aus deren doppelter Fragestellung resultieren. Weniger wäre hier mehr gewesen. Die „Herausforderung“, die eine Analyse der amerikanischen Asien-Pazifik Politik und deren Stellenwert für das Wachstum des Multilateralismus in Asien-Pazifik birgt, bleibt beste-

hen, auch wenn ein erster wichtiger Schritt mit der Studie von Jörn Dosch getan wurde.

*Gerhard Beestermöller: Krieg gegen den Irak - Rückkehr in die Anarchie der Staatenwelt? Ein kritischer Kommentar aus der Perspektive einer Kriegsächtungsethik.* Stuttgart: Kohlhammer 2002 (Beiträge zur Friedensethik, hrsg. vom Institut für Theologie und Frieden, Band 35), 112 S., €14,-.

*Klaus Dicke*

Die Charta der Vereinten Nationen verwendet den Begriff des Krieges nur ein einziges Mal: In der Präambel bekunden die Völker der Vereinten Nationen den Entschluss, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“. Die konsequente Vermeidung des Kriegsbegriffs durch die Charta über diesen Satz hinaus hat durchaus Gründe. Einer dieser Gründe liegt sicher in den aus zwei Weltkriegen gewonnenen Erfahrungen ihrer Gründerväter, die sich in der Absicht ausdrückt, in der Sprache der Charta konsequent jene Perspektive zu transportieren, welche die Völker in der Charta einnehmen, nämlich die des Friedens. Vor diesem Hintergrund kann man es nur bedauern, dass in der jüngsten friedensethischen Debatte namentlich in Bezug auf den Irak mehr von Krieg und seiner (möglichen) Rechtfertigung als vom Frieden die Rede ist. Bedauern muss man dies deshalb, weil hier schon sprachlich offenbar wird, wie wenig die Charta der Vereinten Nationen, die nicht mehr und nicht weniger ist als die Verfassung des Weltfriedens, jenem geistigen Aneignungsprozess unterworfen wird, ohne den eine Verfassung nicht „leben“ kann. Mit solchem Bedauern - das sei vorweg gesagt — ist auch die Schrift *Beestermöllers* anzuzeigen.

Der Grundgedanke der Schrift, in der bedrohungsabwehrende Politikoptionen gegenüber Saddam Hussein ethischer Prüfung unterzogen werden, ist: „Die Bedingungen, die einen Krieg legitimieren können, werden so interpretiert, dass durch ihn der Weltrechtsprozess befördert oder zumindest nicht behindert wird“ (14). Zunächst wird das Pro und Contra